

Kein Pressedienst - Nur zur Information

05/2006

Mai

Zusammengefasste Meldungen aus: Daily/Sunday News (DN), The Guardian, Sunday Observer, ITV, Nipashe, Najira, Arusha Times, Financial Times, The Express, Msema Kweli, The East African, UN Integrated Regional Information Networks (IRIN) und anderen Zeitungen und Internet Nachrichtendiensten in unregelmäßiger Auswahl

Wechselkurs vom 21.04.2006 (Interbankrate) für 1,-- _ 1.470/-- TSh (<http://www.oanda.com/cgi-bin/travel>)

Zur Wasserversorgung Lage, Wasserknappheit, Wasserprojekte, zu Bezahlung für Wasser, zu unbezahlten Rechnungen und Vandalismus	Seite 2
Zur Stromversorgung: Regen bringt nur teilweise Besserung	Seite 3
Zu Hirten, die in Wildschutz- und Wassereinzugsgebieten eindringen Vorwürfe, Rechtfertigung, Maßnahmen, Kommentar	Seite 4
Zum Tourismus Lage, EAC-Kooperation geplant, Touristik-Messe, zu Eintrittspreisen, zu den Mitarbeitern der Tourismusbranche, zur Ausbildung von Mitarbeitern	Seite 5
Zu den Medien Mitarbeiter, regierungseigene Medien, Aufgaben, zur Pressefreiheit, Verleumdungsklage, Gebühren für Anzeigen	Seite 6
Zum Leben der Frauen, ihren Möglichkeiten und Problemen Unterstützung für Unternehmerinnen, wirtschaftliche Aktivitäten, Gewalt gegen Frauen, Anmerkungen zur Rolle der Frauen, zu Rechten und Sitten	Seite 8
Zur Situation des Viktoriasees Zur Lage, zur Wasserqualität, sinkender Wasserspiegel, Umweltschutz, gefährliche Wasserpflanze, Belastung mit Schwermetallen	Seite 10
Probleme Dar-es-Salaams: Wachstum, lästige Busbegleiter, Kleinhändler Zur Entwicklung, <i>Wapiga Debbe</i> an Bushaltestellen, Kleinhändler ohne Zulassung in anderen Stadtteilen	Seite 11
Ausbruch des Vulkans Ol Doinyo Langai	Seite 12

Zu abonnieren beim Herausgeber, kostenlos, Spende erbeten auf das MWB-Konto: siehe unten

Herausgeber: MWB-Afrika-Referat Postfach 68, **91561 Neuendettelsau**, Ruf: 09874/91302
Redaktion: Eva Caspary Acredobank e.G. Nürnberg, Kto.-Nr. 10 11 111 (BLZ 760 605 61)
Tans.-Inf.: <http://detaf.de/tansania-info> Missionswerk Bayern: <http://www.missionswerk-bayern.de>
eMail: africadesk@missionswerk-bayern.de

Zur Wasserversorgung

Zur Lage: Die Stellvertretende Wasserministerin sagte, man müsse dafür sorgen, dass die traditionellen Methoden der Wasserverwendung wieder eine wichtige Rolle spielten, damit die Wasserquellen erhalten blieben. Die Wasservorräte nähmen ab. "Wir ermuntern jetzt dazu, Stauseen anzulegen, Grundwasser zu nutzen und Regenwasser aufzufangen." (DN 23.3.06)

In vielen Teilen Tansanias ist die Wasserversorgung sehr mühevoll. Laut Wasserministerium steigt der Druck auf die vorhandenen Wasservorräte seit zwei Jahrzehnten, Folge des Bevölkerungswachstums. In den städtischen Gebieten deckte man 73 % des privaten Bedarfs, in den ländlichen 53 %. Aber die Regierung hat sich vorgenommen, bis 2009 bei der städtischen Bevölkerung 90 %, bei der ländlichen 65 % zu versorgen, bis 2025 überall 90%. Auch der Bedarf von Landwirtschaft und Energieversorgung steigt ständig. Die Regierung plant, die ländlichen Kommunen zu ermutigen, auf Dorfebene Wasserkomitees und Wasserfonds einzurichten, damit sie ländliche Wasserversorgungsprojekte betreiben und erhalten können. "Die Kommune übernimmt den Betrieb, das wurde zu Tansanias führendem Konzept für die Installation von Wasserversorgungssystemen auf dem Land", sagte Wasserminister Wassira. (IRIN 22.3.06)

Ein leitender Mitarbeiter des Wasserministeriums sagte bei einem von der Weltbank organisierten Forum, Tansania habe genug Wasservorräte, wenn man sie entwickelt und nachhaltig nutzt. Viktoria-, Tanganjika und Njasasee seien große Reservoirs, die Flüsse Ruvuma, Kagera, Mara und Songwe, sowie die Seen Chala und Jipe, um nur einige zu nennen, spielten, richtig genutzt, eine entscheidende Rolle bei der Verringerung der Armut. Doch unkoordiniertes Management, Übernutzung und Erosion verursachten lokale Verknappung und akute Konflikte zwischen Bewässerung, Viehhaltung, Stromgewinnung und Umweltschutz. Immer wieder drängen Hirten und Ackerbauern an die Flussufer vor, Ökosystem, sowie der Zufluss der für Stromgewinnung angelegten Stauseen, würden zerstört. (Guardian 30.3.06)

*

Wasserknappheit, Beispiele: Auf Sansibar und Pemba verschlechterte sich die Wasserversorgung in dramatischer Weise. Es heißt, schuld seien Zerstörung des Einzugsgebietes, achtloses Fällen von Bäumen, Rodungen, Hausbau in Nähe der Quellen und planlose Aufteilung des Landes. Der Chief Minister Nahodha bat die Sansibaris dringend, in Haushalt und Industrie Wasser sparsam zu verwenden, Bäume zu pflanzen, sobald der Regen einsetze. (Guardian 24.2.06)

In der Stadt Tarime (Mara-Region) haben Zweidrittel der 45.000 Einwohner keinen Zugang zu sauberem Wasser. Die Zuständigen versichern, man sei bemüht, neue Wasserquellen zu erschließen und das altersschwache Leitungssystem zu ersetzen. Die Maschinen wurden 1953 installiert. (DN 23.3.06)

Im Muheza-Distrikt (Tanga-Region) sind die Menschen gezwungen, das Wasser zu kaufen. 20 l kosten 500/- TSh. Der Distrikt benötigt für die Infrastruktur der Wasserversorgung 3,3mrd/- TSh. (Guardian 7.3.06)

*

Wasserprojekte: Die Wasser- und Entsorgungsbehörde der Stadt Mwanza sanierte ihr Leitungsnetz während der letzten sieben Jahre mit Hilfe eines Programms, das von der EU, der deutschen *Kreditanstalt für Wiederaufbau* (KfW) und eigenen Mitteln finanziert wurde. Das gesamte Netz misst jetzt 296,65 km. Nun versickern nur noch 44 % des Wassers; vorher waren es 76 %. (DN 22.3.06)

Um die Wasserversorgung Dar-es-Salaams zu verbessern, will das Wasserministerium am Ruvu einen Stausee anlegen. Auch neue Pumpstationen sind geplant. - In den meisten Teilen der Stadt war das Wasser drei Wochen lang sehr knapp, weil die Maschinen der Lower Ruvu-Pumpstation defekt waren, die Pumpkapazität deshalb um 40 % zurückging. Für die 30-Jahre alten Transformatoren ist für dieses Jahr eine Grundsanierung geplant. - Die Regierung prüft, ob das Wasser des Rufiji-Flusses für die Versorgung der Stadt verwendet werden kann. Eines der Probleme ist, dass die Haushaltsmittel begrenzt sind. (DN 26.3.06; Guardian 11.3.06; Nipashe 30.3.06)

Mindestens 60 % der Einwohner des Hai-Distrikts (Kilimanjaro-Region), mehr als 150.000 Menschen in 49 Dörfern, werden nun Dank eines von der deutschen und der tansanischen Regierung getragenen Wasserprojekts mit Trinkwasser versorgt. Seit man 1998 mit der Anlage startete, beteiligte sich die Bevölkerung an den Arbeiten. (Guardian 18.3.06)

Die Wasser- und Entsorgungsbehörde von Moshi (Kilimanjaro-Region) gab für die Sanierung ihres Wassersystems bereits 6,2mrd/- TSh aus. Doch weil Bevölkerungszahl und wirtschaftliche Aktivitäten stark zunehmen, sind weitere Investitionen nötig. Zum Haupttank am Rau-Fluss müssen 16 km Leitung gelegt werden. (Guardian 21.3.06)

Für eine zuverlässige Wasserversorgung der Stadt Sumbawanga (Rukwa-Region) werden 460m/- TSh benötigt. Man muss am Lwiche-Fluss einige km von der Stadt entfernt fünf Tiefbrunnen bohren. Für Sumbawanga ist die Wasserversorgung bisher ein großes Problem. (Guardian 23.3.06)

Es gibt Pläne, die Wasserver- und entsorgung der Distrikte Bukoba (Kagera-Region), Musoma (Mara-Region) und Misungwi (Mwanza-Region) zu verbessern. Die französische Entwicklungsagentur finanzierte die Durchführbarkeitsprüfung mit 226m/- TSh und ist bereit, für den ersten Bauabschnitt 95,5mrd/- TSh zur Verfügung zu stellen. Man will KfW, Weltbank und *European Investment Bank* um Mittel für den zweiten Bauabschnitt bitten. (DN 5.4.06)

*

Zu Bezahlung für Wasser: Die Wasserver- und Entsorgungsbehörde der Stadt Mwanza wird die unterprivilegierten Glieder der Gesellschaft, Behinderte, Alte, Waisen und HIV/AIDS-Opfer, kostenlos mit Wasser versorgen. Sie sollen pro Tag mindestens acht Eimer Wasser bekommen. Die betreffenden Personen erhalten einen Ausweis, der sie berechtigt, an einer in ihrer Nähe liegenden Zapfstelle Wasser zu holen. Auch in Iringa will man Menschen in besonderer Not helfen. "Wir geben ihnen einen Ausweis. Dann können sie irgendwo in ihrem Stadtteil Wasser holen", sagte der Geschäftsführer der Wasserbehörde von Iringa. Sie müssten für 20 l Wasser nur 10/- TSh bezahlen. (Guardian 25.3.06)

Kurz nach der Revolution in Sansibar vor 42 Jahren verkündete der erste Präsident des Landes, alle sozialen Einrichtungen, auch die Wasserversorgung, seien nun kostenlos, damit alle die Früchte der Revolution genießen könnten. Nun plant die Regierung ein Gesetz, das Bezahlung der Wasserversorgung vorsieht, doch erst nach Ablauf von zwei Jahren, wenn das Wassersystem verbessert sei, alle Zugang zu sauberem Wasser hätten, sagte der in der Regierung von Sansibar für Wasserversorgung zuständige Minister. Die Kostenbeteiligung sei unvermeidlich, weil die Kosten stiegen und die Bevölkerung wachse. Die eingehende Gebühr werde für den Unterhalt der Wasserversorgung und andere aus dieser erwachsenden Ausgaben verwendet. Das geplante Gesetz sehe strenge Strafen vor für alle, die Wasserquellen und das Wassereinzugsgebiet zerstören. Oppositionsgruppen kritisieren das geplante Gesetz. Einige Abschnitte seien "unfreundlich zu den armen Menschen von Sansibar. Sie erklären, der Ozean, das Regenwasser sind Eigentum der Regierung", sagte der Sprecher der Oppositionspartei CUF. Die Gebühren seien für die meisten Sansibaris eine Last, denn sie lebten in extremer Armut. Der Minister erwiderte, man bestrafe niemanden, weil er Regen- oder Meerwasser verwendet. (DN 15.3.06; Guardian 16.3.06; IRIN 4.4.06)

*

Zu unbezahlten Rechnungen und Vandalismus: Der Vorsitzende der Wasserver- und Entsorgungsbehörde der Stadt Mwanza sagte, die Kunden sollten ihre Rechnung rechtzeitig begleichen. Andernfalls werde man ihnen den Strom unverzüglich abschalten. Er betonte, die lokale Verwaltung möge mit der Wasserbehörde zusammenarbeiten, damit die Zerstörung von Wasserrohren und Wasseruhren verhindert werde. Er sagte: "Ich bitte Sie, in Zusammenarbeit mit den Einwohnern die Saboteure der Infrastruktur zu identifizieren." Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende der Wasserbehörde der Stadt Iringa. Es koste die Firma viele Mio. TSh, Rohre und Wasseruhren zu installieren. (Guardian 25./28.3.06)

Zur Stromversorgung: Regen bringt nur teilweise Besserung

Anfang März regnete es in den Regionen Mbeya und Iringa. Doch der Wasserspiegel des Mtera-Stausees stieg nur geringfügig. "Geschehen keine Wunder, füllt er sich auch im Lauf eines Jahres nicht, es sei denn wir bekommen sintflutartige Regengüsse", sagte Präsident Kikwete. Der Bischof der *Good News for All Ministry* sagte nach einer dreistündigen Gebetsversammlung am Mtera-Stausee, Kikwete möge den Mtera- und den Kidatu-Stausee retten, die Übergriffe auf ihr Einzugsgebiet stoppen. Illegalerweise werde viel von dem Wasser, das eigentlich in den Mtera-Stausee fließt, weiter oben zur Bewässerung der Felder abgeleitet. (Guardian 7./21./23.3.06)

Ende März kürzte die Tanesco die Stromsperrungen vorübergehend, nachdem es in den Regionen Iringa, Dodoma, Singida und Morogoro geregnet hatte und der Wasserspiegel im Kihansi und im Kidatu-Stausee gestiegen war. Sollten die Niederschläge in diesen Gebieten abnehmen, werde man den Strom wie bisher abschalten, sagte der Öffentlichkeitsbeauftragte der Tanesco. Das Wasser im Mtera-Stausee werde man bis zum Ende der Regenzeit schonen. (Guardian 31.3.06)

Anfang April verbesserte sich die Stromversorgung, weil der Wasserspiegel in einigen Stauseen merklich gestiegen war. Die drei Kihansi-Wasserkraftwerke und das Kidatu-Wasserkraftwerk arbeiten mit voller Kapazität. Am Mtera-Stausee wird noch kein Strom erzeugt; dort fehlen bis zum

benötigten Mindeststand noch knapp 2 m. Gleiches gilt für den Nyumba ya Mungu-Stausee; aber dort werden 2 MW Strom erzeugt. (Guardian 11.4.06; Nipashe 18.4.06)

Zu Hirten, die in Wildschutz- und Wassereinzugsgebieten eindringen

Vorwürfe: Die Verantwortlichen des Usangu Wildschutzgebietes werfen der Polizei und der Verwaltung des Mbarali-Distrikts (Mbeya-Region) vor, sie unterstützten und schützten die Hirten, die mit ihren Herden ins Reservat eingedrungen seien, was auch den Segen einiger Politiker habe. Dank grassierender Korruption könne das Vieh ungehindert weiden. Das führe zu Feindschaft zwischen den Verantwortlichen des Wildschutzgebietes und den Hirten. "Zum Nutzen der Nation wird dieses Feuchtgebiet erhalten. Es ist das Quellgebiet des Ruaha-Flusses. Er mündet in den Mtera-Stausee. Und dieser dient der Stromgewinnung", sagte der Geschäftsführer des Wildschutzgebietes. (Guardian 2.3.06)

*

Rechtfertigung: Der Abgeordnete des Wahlkreises Mbarali sagte. "Die Hirten sind Tansanier, sie haben das Recht, überall in diesem Land ihre Herden zu weiden. In Shinyanga, von wo sie kommen, gibt es wegen der langen Trockenperiode kein Gras. Wenn man sie von hier vertreibt, muss ihnen die Regierung eine gleich gute Alternative anbieten." Er verteidigte auch die Reis-anbauer. Sie entnehmen sehr viel Wasser für die Bewässerung ihrer Felder und geben sich kaum Mühe, das nicht benötigte Wasser zurückzuleiten. "Ich denke, es ziemt sich, dass sie ihre Felder bewässern", betonte er. (Guardian 2.3.06)

*

Reaktionen der Regierung: Nach einem Besuch des Ihefu-Tales erbat Mwandosya, der für Umweltfragen zuständige Staatsminister, von der Verwaltung der Mbeya-Region einen Bericht über die Maßnahmen, die bisher wegen des Eindringens der Sukuma-Hirten in diesem Tal ergriffen wurden. Es liegt im Mbarali-Distrikt und ist das Reservoir des Greater Ruaha. Man müsse unverzüglich handeln und genau untersuchen, welche ökologischen Auswirkungen das Eindringen der Tiere hat, sagte er. Man schätzt ihre Zahl auf 1,8 Mio.

Präsident Kikwete forderte, aus Umweltschutzgründen müssten die Hirten das Usangu-Wildschutzgebiet verlassen. Daraufhin wies die Verwaltung der Mbeya-Region die bei Ihefu in dieses Gebiet eingedrungenen Hirten an, innerhalb von sieben Tagen zu verschwinden. Andernfalls werde man sie ausweisen. In einer vom Rundfunk übertragenen Rede sagte Vizepräsident Shein, Landwirte und Hirten, die in Wassereinzugs- und Wildschutzgebiete eingedrungen seien, müssten diese vor Juni verlassen. Die Regional Commissioner würden diese Anordnung durchsetzen. Es sei auch verboten, Vieh aus Nachbarländern nach Tansania zu treiben, weil Weideland und Wasservorräte schrumpften. (Guardian 2./11.3./3.4.06)

*

Maßnahmen: Der Regional Commissioner der Mbeya-Region untersuchte bei einem Besuch die negativen Auswirkungen auf den Great Ruaha. Er sagte, die Regierung werde keine mutwillige Zerstörung der Umwelt zulassen, vor allem nicht in diesem Tal, das geschützt wird wegen der wichtigen Rolle, die es für die Stromversorgung der Nation spielt.

Der District Commissioner des Mbarali-Distrikts wies die Verantwortungsträger aller das Schutzgebiet umgebenden Dörfer an, ihm eine Liste vorzulegen, auf der alle Hirten und die Zahl ihrer Tiere aufgeführt ist. Die Aktion, einschließlich der Maßnahmen, mit denen die Hirten am Wiedereindringen gehindert werden, und der Einrichtung von Polizeistationen im Schutzgebiet, koste mindestens 140m/- TSh.

Staatsminister Mwandosya verpflichtete den Chunya-Distrikt (Mbeya-Region), Behörden und Einwohner, alle Landwirte und Hirten von den Wasserläufen zu vertreiben. Zuwiderhandelnde würden bestraft. (DN 15.4.06; Guardian 11.3.06)

*

Kommentar: Die große Frage ist, wohin gehen die etwa 1,8 Mio. Tiere? Hat die Regierung jemals nachgedacht über die Verwüstung des Landes, über das sie ziehen, wenn man sie aus dem Schutzgebiet vertreibt? Hat sie, während sie versucht, das erste Ziel zu erreichen, nachgedacht über ein Heilmittel für die "sekundäre" Umweltzerstörung? Das ist ein Dilemma für die Regierung. In den 45 Jahren seit der Unabhängigkeitserklärung ist es ihr noch nicht gelungen, die Hirten, die ein traditionelles nomadisierendes Leben führen, zu modernen Hirten zu machen. Für fortschrittliche Hirten reichen wenige Tiere aus, auch für die Nation insgesamt. Wir unterstützen den Kampf der Regierung gegen Umweltzerstörung. Wir drängen sie aber auch, ernsthaft mit der Veränderung des Lebensstils der Viehhalter zu beginnen. (Guardian 14.3.06)

Zum Tourismus

Lage: 2005 besuchten 600.000 Touristen die 14 Nationalparks Tansanias, was der Regierung 32,6mrd/ TSh einbrachte. Die Wilderei in den Parks ging zurück. Die Zahl der Elefanten stieg infolge dessen seit 1998 von 50.000 auf 100.000. Seit die Straße zum Ngorongoro-Krater geteert wurde, entstanden zwischen Makuyuni und Ngorongoro viele Hotels. Das führt zu Wasserknappheit, die letztendlich auch den Manyarasee belastet. (DN 22.3.06)

*

EAC-Kooperation geplant: Die drei Mitgliedsländer der East African Community (EAC) planen, bis Ende 06 ihren Tourismusbetrieb in Einklang zu bringen, für Besuche der Nationalparks gleiche Gebühren zu verlangen. In Uganda zahlen Ausländer 20 US\$, Einwohner der EAC 10 US\$, Einheimische 5/- US\$; in Kenia verlangt man von Erwachsenen durchschnittlich 30 US\$, von Kindern und Jugendlichen 10 US\$. Werden die Preise angeglichen, würde Tansania gezwungen, die eben erst erhöhten Eintrittspreise zu senken. Die für den Tourismus zuständigen Gremien der drei Länder vereinbarten eine Reihe von Strategien, denn man will das Gebiet als einheitliches Touristenziel propagieren. In Zukunft wird es eine Tourismus-Messe unter einem gemeinsamen Dach geben, das Werbematerial will man gemeinsam herausgeben, logistische, finanzielle und betriebliche Kooperation entwickeln u. a. "Die Touristen können dann die ganze Region bereisen, ohne andernorts höhere Eintrittspreise fürchten zu müssen", lobte ein Unternehmer. Doch andere sind skeptisch. Tansania hat die meisten Nationalparks und könnte letztendlich der Verlierer sein. Manche klagten, die Fahrer aus Kenia dürften mit ihren Touristen ohne Behinderung nach Tansania fahren, während die Tansanier auf Hindernisse stießen, wenn sie das Gleiche in Kenia versuchten. (Arusha Times 18.2.06)

*

Touristik-Messe: Das Ministerium für Naturschätze und Tourismus wird ab 2006 alljährlich in Arusha die *Karibu Travel and Tourism Fair* organisieren. Es übernimmt eine Idee der *Tanzania Association of Tour Operators* (TATO), die seit 2000 solche Veranstaltungen leitete, anfangs *Arusha Travel Market* genannt. Die Veranstaltung wurde von Jahr zu Jahr beliebter. Das Ministerium will die Messe zu einer Dauereinrichtung machen und ihr eine breitere Basis geben. Man plant sogar, ein Gelände zu erwerben und feste Gebäude zu errichten. Die Messe soll drei Tage dauern, in der ers-ten Juni-Woche stattfinden, etwa 200 Aussteller anlocken, vor allem heimische Firmen, auch einige aus Großbritannien, Kenia, Uganda und Südafrika. Im vergangenen Jahr zählte die TATO bei ihrer Messe 5.000 Besucher. (DN 22.2.06; Guardian 23.2.06)

*

Zu Eintrittspreisen: Obwohl der Eintrittspreis für einen Besuch des Serengeti- und des Kilimanjaro-Nationalparks Anfang 06 erhöht wurde <Vergl. Tans.-Inf. 11/05 S. 9> und wegen der Dürre nicht die faszinierende Wanderung der Gnus beobachtet werden konnte, stieg im Serengeti Nationalpark die Zahl der Besucher im Vergleich zum Vorjahr um 15 %. (DN 22.2.06; Guardian 25.2.06)

Auch die Behörde des Ngorongoro-Schutzgebietes (NCCA) hob die Preise an. Fahrzeuge, die Touristen in den Ngorongoro-Krater bringen, zahlen seit 1.1.06 viermal so viel wie früher, in Tansania gemeldete 5.000/- TSh bis 15.000/- TSh entsprechend ihrem Gewicht, solche aus dem Ausland 30 US\$ bis 200 US\$. "Wir wollen die Zahl der Fahrzeuge im Krater senken", sagte ein Mitarbeiter der NCCA. "Die Touristen sollten sich in Gruppen zusammenschließen", schlägt er vor. Man überlegt auch, die Besuche auf einen halben Tag zu begrenzen. Doch das erlaube die Infrastruktur noch nicht. (Arusha Times 14.1.06; Guardian 17.1.06)

*

Zu den Mitarbeitern der Tourismusbranche: In Sansibar sind von den in Hotels angestellten ausgebildeten Mitarbeitern fast alle Ausländer. Das führt zu Unzufriedenheit unter den arbeitslosen Jugendlichen, unter Eltern und Politikern. Präsident Kikwete sagte: "Es stört mich, dass Ausländer Posten haben, die Tansanier übernehmen könnten." Wiederholt baten die Verantwortungsträger die Hotelbesitzer, Sansibaris einzustellen. Doch fast alle antworteten, die meisten seien nicht ausgebildet. Die Reform der Touristik benötige eine langfristige Planung, sagte ein Fachmann, noch sei die Zahl der ausgebildeten Sansibaris sehr begrenzt. "Sie sind tüchtig, aber mit den Leuten aus Kenia oder Uganda können sie nicht konkurrieren. Auch Mangel an Selbstvertrauen, religiöse und kulturelle Überzeugungen verhinderten ihre Einstellung. Im Augenblick beherrschen Ausländer 80 % des Tourismusmarktes. (DN 25.2.06)

*

Zur Ausbildung von Mitarbeitern: Der Tourismus ist für Tansania-Festland und für Sansibar einer der wichtigsten Industriezweige. Fast 200.000 Menschen bietet er eine Arbeitsstelle. Es heißt, Tansanias internationale Wettbewerbsfähigkeit werde vom niedrigen Niveau der Dienstleistung beeinträchtigt. Es ist klar, dass die im Tourismus tätigen Tansanier bessere Ausbildung benötigen. Die EU bietet 3,6mrd/- TSh an für ein Ausbildungsprogramm, das in den kommenden

drei Jahren durchgeführt werden soll. Tansania will einen Lehrplan entwickeln, der international anerkannt ist und den spezifischen Anforderungen des Landes gerecht wird. Man will das *National College of Tourism* unterstützen, damit es eine mobile Ausbildungseinrichtung schaffen und berufsbegleitende Ausbildung anbieten kann. Sie besteht aus Kursen an verschiedenen Orten und soll von Angestellten der Tourismusbranche besucht werden. (DN 11.3.06; Guardian 15.3.06)

Die Ausbildung an der 1983 gegründeten Hotelfachschule dauert neun Monate. Seit 1992 geht die Zahl der weiblichen Studierenden zurück. Im Augenblick sind 104 junge Leute in Ausbildung, unter ihnen nur 37 Mädchen. (DN 25.2.06)

Die *Hotelfachschule in Arusha* (AHTI) wird dem Ministerium für Bodenschätze und Tourismus unterstellt. Die Regierung sei dabei, eine Ausbildungsstätte für Tourismus und Gastfreundschaft zu schaffen, *Utalii College* genannt, sagte die AHTI-Rektorin. Wird dieses Projekt verwirklicht, könne die AHTI als Fakultät dieses *Utalii Colleges* dienen. Die AHTI wurde 1993 von der Hanns-Seidel-Stiftung (HSF) gegründet. Bis 2003 waren HSF und Stadtrat von Arusha für die Schule zuständig, dann wurde sie ganz von der Stadt übernommen. Die AHTI ist Mitglied des Verbandes der Hotelfachschulen in Afrika südlich der Sahara. (Guardian 21.3.06)

Zu den Medien

Mitarbeiter: Bei einer Konferenz des *Tansanischen Medienrates* (MTC) sagte der Vorsitzende des *Tabora Press Club*, die privaten Medien täten gute Arbeit. Aber ihre Betreiber trügen eine Mitschuld am Niedergang der Berufsethik der Journalisten, denn sie zahlten ihnen sehr wenig. "Wie kann ein Journalist überleben, wenn sein Lohn nicht dem entspricht, was er arbeitet, und wenn er sein Geld nicht rechtzeitig bekommt?" Der geringe Lohn führe dazu, dass sich die Journalisten mehr darauf konzentrieren, Geschichten über 'Public Relations' zusammenzuschreiben, denn sie seien von ihren Quellen abhängig und zu Bettlern geworden. Außerdem fehle es ihnen an qualifizierter Ausbildung. Der Vorsitzende des *Singida Press Club* riet den Eigentümern der Medienhäuser, keine Artikel zu verwenden, die von unprofessionellen Journalisten geschrieben wurden und von solchen, die der Presseclub nicht anerkannte. "Heutzutage kann jemand mit sieben Klassen Primarschule, ohne beruflicher Qualifikation, Journalist werden", kritisierte er. (Guardian 24.1.06)

Muhammed Seif Khatib, Minister für Information, Kultur und Sport, sagte, die Regierung habe die Ausbildung der Journalisten an der Dar-es-Salaam Universität eingeführt; auch den Dokortitel könnten sie dort erwerben. Das mache Schluss mit der falschen Meinung, der Journalismus sei etwas für jedermann, vor allem für solche, die vorzeitig die Schule verließen. Er betonte, Kikwete habe die Regierungsleute angewiesen, die öffentlichen Medien zu informieren. Vor allem hätten alle das Recht zu wissen, was ihre Regierung tut. Deshalb sei man bemüht, mit Hilfe von Verstärkern, Satelliten und Internet zu bewerkstelligen, dass Fernseh- und Radioprogramme überall zu empfangen sind. (Observer 26.3.06)

Die *Deutsche Welle* lässt neun junge Korrespondenten ihres Swahili-Programms ausbilden, Leute aus Äthiopien, Burundi, Kenia, Tansania und Uganda. Man wolle die Qualität der Programme weiter verbessern, ein Niveau erreichen, das dem internationalen Sender gleiche, und die Korrespondenten an moderne Geräte heranzuführen, betonte die Leiterin des DW-Swahili-Programms. (Guardian 7.3.06)

*

Regierungseigene Medien: Bei einem Besuch des Ministeriums für Information, Kultur und Sport sagte Präsident Kikwete, die Regierung müsse ihre eigenen Medien haben, sie entschuldige sich nicht dafür. Überall sei das so. Doch die öffentlichen Medien sollten gefördert werden. Die Regierung werde diese weiterhin unterstützen. Die Herausforderung sei nun, "glaubwürdige Medien zu entwickeln, die bestrebt sind, Entwicklung und nationale Einheit zu erreichen, nicht Destabilisierung zu verursachen. Das heißt nicht, dass wir die Pressefreiheit einschränken. Aber ihr müsst wissen, es gibt keine Freiheit ohne Grenzen. Die Freiheit der Presse endet dort, wo das Recht des Volkes beginnt", betonte er. (Guardian 9.3.06)

*

Aufgaben: Verantwortungsträger der *East African Community* (EAC) riefen die Medien auf, die Öffentlichkeit über die weithin unbekanntem Erfolge der EAC zu unterrichten und den Integrationsprozess zu beschleunigen. (Guardian 2.3.06)

Laut einer Studie fehlt es den Medienhäusern an Leitlinien für die Fragen Gleichberechtigung und HIV/AIDS. Deshalb werde über diese Themen zu wenig berichtet. Die Leiterin des *Southern Africa Media Institut* betonte bei einem fünftägigen Workshop, die Presse spiele im Kampf gegen HIV/AIDS eine wichtige Rolle. Sie solle vorausschauend sein und Geschichten mit menschlichem Antlitz suchen. Ein Dozent der Dar-es-Salaam Universität sagte, den Medien sei auch vorzuwerfen, dass sie ein negatives Bild zeichnen von den mit HIV/AIDS lebenden Menschen und der Krankheit insgesamt. "Unsere Rolle in Bezug auf die Pandemie sollte die der Information und Aufklärung der Gesellschaft bleiben, nicht die der Stigmatisierung und Diskriminierung." Die Journalisten müssten kapieren, dass AIDS eine Krankheit sei wie andere. (Observer 5.3.06)

Bei einem Workshop zum Thema Armutsbekämpfung erhielten die Medien Anerkennung; sie seien bei dieser ein integraler Teil. Ohne ihre Unterstützung könne die Armutsbekämpfung nicht gelingen. Ihre Mitarbeiter spielten bei der Mobilisierung der Öffentlichkeit eine Schlüsselrolle. Sie könnten nachforschen und neue Ideen entdecken, die bei der Armutsbekämpfung helfen, sagte ein Fachmann für Armutsbekämpfung. (Guardian 2.3.06)

Reginald Mengi sagte, es fehle an der Bereitschaft mancher Regierungsvertreter, Informationen weiterzugeben. Deshalb könnten auch Nachrichten, auf die das Volk ein Recht habe, nicht verbreitet werden. Er bat die lokalen Medien, bei der Berichterstattung patriotisch zu sein. Angelegenheiten von nationalem Interesse müssten besonders sorgfältig behandelt werden. Nicht alles und jedes solle berichtet werden; die Medien sollten unsere Kultur schützen. Eine der Aufgaben der Medien sei, die Korruption zu bekämpfen. (Guardian 8.4.06)

*

Zur Pressefreiheit: Die Regierung von Sansibar verteidigte ihren Beschluss, die private Zeitung *Dira* zu verbieten. Der zuständige Minister erklärte, dieses Blatt habe sich auf die Veröffentlichung von Artikeln konzentriert, die Einheit und Solidarität untergrüben. Gefühle, die zu Spaltung und Streit führen könnten, wolle man verhindern. Die Regierung plane nicht, das Verbot aufzuheben. *Dira* habe in negativen Artikeln über die Zeit nach der Revolution im Jahr 1964 berichtet, um alte Wunden wieder aufzureißen. Bei ihrer Klage vor dem High Court von Sansibar sei die Zeitung unterlegen. Die Regierung sei bestrebt, die Pressefreiheit zu fördern, im Gegensatz zu Spekulationen einiger Gesellschaftsgruppen. Investoren sollten elektronische und Druckmedien gründen, um die Berichterstattung über wirtschaftliche und soziale Fragen zu verbreitern, sagte der Minister. (DN 6.4.06)

Die Tageszeitung *Tanzania Daima* durfte drei Tage lang nicht erscheinen, weil sie einen Artikel veröffentlicht hatte, durch den Mkapa lächerlich gemacht und verleumdet werden solle. Die Frist wurde später auf einen Tag gekürzt. Das Erscheinen der Zeitung *Amani* wurde für 28 Tage verboten. In ihr war ein Foto Mkapas mit einem beleidigenden Text zu sehen, der Abneigung gegen den damaligen Präsidenten und seine Regierung erzeugen sollte, heißt es in einer Regierungserklärung. Außerdem habe die *Amani* Geschichten und Illustrationen veröffentlicht, die nicht mit dem Normen und Traditionen Tansanias übereinstimmten. Die Zeitung war wiederholt gerügt worden, doch vergeblich.

Der *Verband der Medieneigentümer* (MOAT) verurteilte das Verbot der beiden Zeitungen, sprach von Beschneidung der Pressefreiheit. Das Pressegesetz sei schlecht; es verleihe dem Informationsminister Macht, eigenmächtig zu agieren. Dabei habe die Regierung angedeutet, sie werde Gesetze, die Pressefreiheit und Informationsfluss hinderten, außer Kraft setzen. (DN 3.12.05; Guardian 2./9.12.05)

*

Verleumdungsklage: Frederick Sumaye, bis Ende 05 Premierminister, fordert von den Herausgebern der unregelmäßig erscheinenden Wochenzeitung *Tanzania Leo* eine Entschuldigung und 10m/- TSh. Sie habe Artikel veröffentlicht, die ihn diffamieren sollten, berichtet, er habe auf einem Konto in der Schweiz 10.000mrd/- TSh versteckt, ihn mit Mobutu, dem ehemaligen Diktator von Zaire, verglichen. Sumaye habe weder in der Schweiz noch in einem anderen Land außerhalb Tansanias ein Bankkonto, versicherte sein Anwalt. (DN 6.4.06)

*

Gebühren für Anzeigen: Der Stadtrat von Dar unterrichtete die Medieneigentümer, Anzeigenagenturen und alle, die mit Anzeigen zu tun haben, man plane für jede Anzeige eine Abgabe von 2 % zu erheben. Die Medieneigentümer kritisieren, man habe ihre Interessen übersehen. Sie wollten bei der Formulierung der umstrittenen Verordnung beteiligt werden. Premierminister Lowassa verhinderte, dass die Verordnung vor einer möglichen Revision im kommenden Finanzjahr in Kraft tritt. (Guardian 18.3.06)

Zum Leben der Frauen, ihren Möglichkeiten und Problemen

Unterstützung für Unternehmerinnen: Die *Entwicklungsvereinigung der Frauen von Mwanza* (MWDA) richtete einen Umlauffonds mit einer Ausgangssumme von 10m/- TSh ein. Beim Starten eines Kleinbetriebs soll Frauen ein Darlehen gewährt werden. (Guardian 25.3.06)

Der für Ostafrika zuständige Direktor der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) versicherte, auch weiterhin werde man in Tansania das Programm *Gleichberechtigung von Männern und Frauen und ordentliche Arbeit für Alle* fördern. Er sprach bei einem von der ILO unterstützten Seminar für 23 Gruppen mit 755 im informellen Sektor tätigen Frauen. Die Themen des Seminars waren Arbeitsgesetze, Rechte von Frauen und Kindern, Probleme der Kinderarbeit, Sicherheit im Arbeitsleben, Gesundheit und HIV/AIDS. (Guardian 20.3.06)

Die Entwicklungsbeauftragte des Stadtrats von Tanga lobte das ILO-Programm *Ordentliche Arbeit für Alle*. Sie berichtete, 314 Frauen aus drei Stadtteilen hätten davon profitiert, verrichteten nun verschiedene Arbeiten und verdienten ihren Lebensunterhalt in Würde. "Schon 280 Kinder wurden von der Straße zurückgeholt; sie besuchen jetzt die Schule", sagte sie. Eine Gruppe mit 375 Frauen habe berufsmäßige Verarbeitung und Konservierung von Lebensmitteln, Unternehmensführung und die Anlage eines Sparkontos gelernt. Mit Darlehen einer Bank hätten 179 Frauen gewinnabwerfende Projekte starten können, Hühnerzucht, Bäckerei u. a.. Eine Frau sagte, sie hänge nun nicht mehr von ihrem Ehemann ab. "Ich kann die Familie ernähren, meine Kinder ausbilden lassen und in Notzeiten meinen Ehemann versorgen." (Guardian 19.3.06)

In Rahmen ihres Programms *Gleichberechtigung von Männern und Frauen und ordentliche Arbeit für Alle* unterstützte die ILO in Sansibar während der letzten drei Jahre vier wirtschaftlich tätige Frauengruppen mit 617 Mitgliedern. Sie profitierten finanziell: Ihre Sparguthaben stiegen von 0.05m/- TSh auf 17m/- TSh. 430 Kinder konnten aufhören, für Geld zu arbeiten; sie gehen jetzt zur Schule. Die Vorsitzende einer Gruppe sagte, sie freue sich, dass die ILO ihre Mitglieder ausbildete. 50 Frauen hätten Bäckerei, Wickelbatik, Betriebsführung und Buchführung gelernt. "Unsere Mitglieder sind jetzt zuversichtlich, sozial und wirtschaftlich tätig und unterstützen das Einkommen der Familie", berichtete sie. (25.3.06)

Auf den Inseln Sansibar und Pemba schlossen sich je fünf Frauengruppen zu einer *Sa-vings and Credit Cooperative Society* (SACCOS) zusammen, auf Sansibar *Waridi*, auf Pemba *Pafeco-SACCOS* genannt. *Waridi* hat 317 Mitglieder, 16m/- TSh Guthaben; *Pafeco* 300 Mitglieder. "Diese SACCOS erhalten voraussichtlich Darlehen von der *Akiba Commercial Bank*", sagte ein Mitglied der Regierung von Sansibar. Er erklärte, man werde die bisher von der ILO geförderten Frauengruppen weiterhin unterstützen, ihnen Ausbildung und technische Hilfe anbieten. (DN 24.3.06; Observer 26.3.06)

*

Wirtschaftliche Aktivitäten: Der Regional Commissioner von Dar-es-Salaam überreichte zwölf Frauen den Führerschein der Klasse D. Alle wollen Taxifahrerinnen werden. Der RC sagte, ihr Entschluss spiele im Kampf gegen das patriarchalische System eine wichtige Rolle. "Ich werde euch helfen, Quellen für Darlehen zu finden, um euch beim Bekämpfen der Armut zu unterstützen." Die Frauen hatten den neunmonatigen Unterricht bei unterschiedlichen Fahrschulen absolviert. Ihre Ausbildung wurde von der *Tunawajali Taxi Group*, dem Verband der Taxifahrer, finanziert. Dessen Geschäftsführer sagte, auf diese Weise werde einer Reihe von Familien geholfen, denn von diesen Frauen seien viele Alleinerziehende. Wenn sie von ihrer Mutter unterstützt würden, sinke die Zahl der Straßenkinder. (DN 4.3.06; Guardian 7.3.06)

Das *African Women in Mining Network* (AFWIMINTZ) bat die Regierung, sie möge ihm das seit langer Zeit nicht genutzte Edelsteinzentrum in Arusha übergeben. "Es wird uns ermöglichen, unterschiedliche Bergbaukurse anzubieten, die vielen helfen, vor allem der Jugend", sagte die AFWIMINTZ-Vorsitzende. Die Auszubildenden würden lernen, den Wert der Steine zu steigern, und unter Verwendung von Edelsteinen verschiedene Dinge herzustellen. Das Anliegen des AFWIMINTZ ist, die Frauen zu fördern, die überall im Land im Bergbau tätig sind. Es geht auch darum Informationen auszutauschen, Absatzmärkte zu finden, und Geräte für Bergbau und Schleifen von Edelsteinen zu erwerben. Das Netzwerk wurde 2004 als gemeinnützige Organisation eingetragen. (Guardian 27.3.06)

*

Gewalt gegen Frauen: In einer Erklärung des *Verbandes der Medienfrauen* (TAMWA) heißt es, noch immer würden die Zeitungsartikel beherrscht von Berichten über Vergewaltigung, Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane, Tötung älterer Frauen und Überfälle auf Frauen. "Die Regierung muss rasch handeln und dauerhafte Lösungen finden für solche Bedrohung,

reagiert sie doch auch auf andere das Leben bedrohende Probleme, die bewaffneten Überfälle z. B.." *Fem-Act*, eine Bewegung die die Rechte der Frauen, Gleichheit der Geschlechter, Demokratie und Entwicklung fördert, äußerte: "Wir sind besorgt, denn anscheinend überdecken die sich häufenden Vorfälle von Raubüberfällen die Gewalt gegen Frauen. Sie ist genau so gefährlich, denn sie verletzt die Menschenrechte." (Guardian 2.3.06)

*

Anmerkungen zur Rolle der Frauen: Salma Kikwete, Gattin des Präsidenten, sprach bei einer von der UWT (CCM-Frauenorganisation) organisierten Veranstaltung, bei der man den Frauen für ihre Stimmabgabe zugunsten Kikwetes danken wollte. Sie sagte: "Viele Familien vernachlässigen die Bildung der Mädchen. Wir überanstrengen sie mit Hausarbeit u. a., während die Jungen lernen können. Dann tadeln wir sie wegen schlechter Noten. Das muss aufhören. Die Mütter können dafür sorgen." Sind sie selbst nicht in der Lage, mehr zu lernen, müssten sie zusehen, dass ihre Töchter zu Bildung kommen. "Die Zeit der Versklavung von Mädchen ist vorüber, denn wir sind alle gleich." Ihre Würde erhalte die Frau nur, wenn sie bei Führungsaufgaben konkurrieren könne und die Frauen vorbehaltenen Sitze abgeschafft seien.. Sie erniedrigte die Frauen, ließen glauben, sie seien nicht fähig, ihre Ziele selbst zu erreichen. "Wenn wir angestrengt lernen, benötigen wir keine den Frauen vorbehaltenen Sitze, denn wir sind fähig und wir sind klug." Der jetzigen Regierung gehörten Ministerinnen an, die bedeutende Ressorts bekleideten, Finanzen, Äußeres, Erziehung. (Guardian 18./20.3.06)

Bei einem Workshop zum Thema 'Frauen und Entscheidungsfindung, Gleichheit und Kampf gegen Armut' an der Dar-es-Salaamer Universität, an dem Abgeordnete, Akademikerinnen, Aktivistinnen für Frauenfragen und Medien teilnahmen, wurden die Frauen aufgerufen, sich um führende Posten verschiedener Sparten zu bewerben, obwohl das patriarchale System ihr Fortkommen behindere. Die Teilnehmerinnen tauschten sich über ihre Erfahrungen bei verschiedenen Wahlen aus. Es gebe viele Hindernisse, wenn sich eine Frau um einen politischen Posten bewerbe. Es fehle die Unterstützung anderer Frauen, das Vertrauen der Männer. Die Frauen erlebten Diskriminierung. Trotzdem sollten sie nicht verzagen, es immer wieder versuchen, sagte eine CCM-Vertreterin. (DN 27.3.06)

Martin Shao, der Bischof der ELCT-Norrdiözese, verurteilte die Diskriminierung der Frauen in der Kirche. Er sei erstaunt, dass es Kirchen gibt, die ihnen nicht erlaubten Pfarrer zu werden. Sie seien nicht schwach und könnten Wunder bewirken, wenn man ihnen eine Chance gibt. "Wer sie diskriminiert, verstößt gegen die Schrift. Er sollte die Bibel genau lesen, um die Wahrheit zu erfahren. Lasst uns die Frauen respektieren und ihnen Führungsstellen geben als Bischöfe, diözesane Führungspersönlichkeiten und in der Politik." (Guardian 18.4.06)

*

Zu Rechten und Sitten: Zwei Witwen aus der Shinyanga-Region beantragten beim High Court, das Wohnheitsrecht abzuschaffen, das sie der Rechte beraubt, ihren verstorbenen Ehemann zu beerben; es sei diskriminierend und deshalb nicht verfassungskonform. Die Eingabe war vom *Women's Legal Aids Centre* vorbereitet und im Namen der beiden Frauen eingereicht worden. Laut Wohnheitsrecht dürfen Frauen nichts vom Vermögen ihres Ehemannes erben, auch nicht von einem Sohn. Onkel und männliche Verwandte haben das Vorrecht. Für Frauen ist die Möglichkeit, ihren eigenen Lebensstil zu leben, sehr begrenzt. Das Gesetz zwingt sie, immer von ihren Kindern und männlichen Verwandten abhängig zu bleiben. Eine Witwe wird praktisch gezwungen, einen Angehörigen der Großfamilie zu heiraten, damit man ihr erlaube, im eigenen Haus zu bleiben. Beschließt sie, außerhalb der Großfamilie zu heiraten, läuft sie Gefahr, aus diesem vertrieben zu werden. (DN 10.4.06)

Seit 1986 organisiert der *Reto-Frauenverband* (RWA) alljährlich ein Kulturfest, um die Frauen, die Maa, die Sprache der Maasai, sprechen, zusammenzubringen. Auch heuer nahmen Hunderte von Delegierten, Frauen aus Kenia und Tansania, an dieser zweitägigen Veranstaltung teil. Sie endete mit dem Aufruf, überholte Praktiken zu meiden. Die Frauen setzten sich ein für die Ausbildung der Mädchen und verurteilten das Verheiraten minderjähriger Mädchen. Sie sprachen über die ungerechte Behandlung der Maasai, Übernahme ihres Landes durch Fremde, Unsicherheit und Vergewaltigung. Die RWA-Vorsitzende sagte, es sei Zeit, schädliche Gepflogenheiten abzuschaffen, z. B. die Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane oder die Unsitte, junge Mädchen mit älteren Männern zu verheiraten. Eine Rednerin warf den Politikern vor, sie schürten bei den Maasai die Landprobleme. (East African Standard 10.4.06)

1.000 Frauen schlossen sich dem Demonstrationzug einer Kampagne des *Weißes Bandes* an. Sie will darauf hinweisen, dass viele Schwangere und Säuglinge sterben, weil es an guter Gesundheitsversorgung fehlt. Die Frauen fordern, dass die Zahl der Hebammen und Gynäkologen um 100 % gesteigert wird. Im Augenblick entbänden in Tansania 54 % der Frauen ohne

fachgerechte Versorgung. Vor allem in den Dörfern stürben viele infolge vermeidbarer Probleme.
(ITV Habari 25.3.06)

Zur Situation des Viktoriasees

Zur Lage: Der Viktoriasee ist der größte Süßwassersee Afrikas. Seine Oberfläche be-trägt 68.000 km². Wahrscheinlich wird nirgendwo so viel Süßwasserfisch gefangen, pro Jahr 500.000 t. Zu Kenia gehören 6 % des Sees, zu Uganda 43 %, zu Tansania 51 %. Das Viktoriasee-Be-cken hat große Probleme: Bevölkerungswachstum, Entwaldung, veraltete Methoden bei Landwirtschaft und Fischfang, Eindringen fremder Fischarten und Einleitung von Abwässern.

*

Zur Wasserqualität: Die Wasserqualität verschlechterte sich sehr. Es fehlt an Kläranlagen. Auch Exkremamente landen im See, denn wenige Familien haben einen Faulbehälter. Mwanza allein leitet pro Tag mehr als 65 Mio. t Industrieabwässer ungeklärt ein. Die Artenvielfalt der Fische schrumpfte. Von den 500 Fischarten, die es noch vor 30 Jahren gab, seien 300 verschwunden, heißt es.

*

Sinkender Wasserspiegel: Der Wasserspiegel des Sees sinkt beständig. Allein in diesem Jahr soll er um weitere 2,3 m zurückgegangen sein. In den letzten 40 Jahren war nie ein so niedriger gemessen worden. Das könnte für die den See umgebenden Länder sehr verlustreich werden. Die *Ostafrikanische Gemeinschaft* (EAC) plant nun, eine hochrangige Konferenz einzuberufen, die über die drohende Umweltkatastrophe des Viktoriasees beraten soll. Betroffen sind Fischfang, Schiffstrans-port, Kommunikation, Landwirtschaft und Wasserversorgung. Für die Schiffe wird das Andocken schwierig. Schuld am Sinken des Wasserspiegels sind vor allem die Schlick-ablagerungen. Die UNO aber wirft Uganda vor, es entnehme sehr viel Wasser für seine Wasser-kraftwerke, fast doppelt so viel, wie ehemals vereinbart wurde, und leite es nicht zurück in den See. Aber Kampala bestreitet das. Schuld sei die Dürre, heißt es. Ein Wasserfachmann des Internationalen UNO-Zentrums für Katastrophenhilfe in Nairobi wies jedoch auch darauf hin, dass die in den See fließende Wassermenge sehr zurückging. 2003 seien es 21,8 Mrd. m³ gewesen, 2005 nur 12 Mrd. m³. Die Auswirkungen des sinkenden Wasserspiegels bekommen 30 Mio. Menschen zu spüren. Dort, wo einst Fische schwammen, knabbern nun Ziegen an den grünen Sprossen.

*

Umweltschutz: Bei einer außerordentlichen Sitzung des Koordinationskomitees des Viktoriasee-Beckens wurde kritisiert, vor allem an den Flussufern und im Wassereinzugsgebiet würden exotische Bäume angepflanzt. Das wirke sich negativ aus auf den Zufluss des Viktoriasees. Das Komitee empfahl, die Lage zu untersuchen, und vorzuschlagen, welche Bäume wo angepflanzt werden sollen. Für die Finanzierung des *Lake Viktoria Management Programms* bot die Schwedische Entwicklungsagentur (SIDA) etwa 1,3mrd/- TSh an, die EU 3,6mrd/- TSh. Diese Mittel werden vor allem für die Aufforstung des Wassereinzugsgebietes verwendet, für die Entsorgung von Industriemüll, die Pflege des Feuchtgebietes, außerdem für Wasserüberwachung, Bekämpfung der Wasserhyazinthe, Fortbildung und Koordination.

*

Schädliche Wasserpflanze: Eine bisher unbekannte Art von Wasserpflanze, Chestnut genannt, in Ostasien beheimatet, droht den Viktoriasee zu ersticken. Die im Kampf gegen die Wasserhya-zinthe erreichten Erfolge werden nun fast zunichte gemacht. Die Pflanze hat sich in allen Distrik-ten der Mwanza-Region ausgebreitet. Von anderen Unkräutern unterscheidet sich diese durch ihre Dornen. Deshalb ist es sehr schwierig, die Pflanze manuell zu entfernen. Mit dieser Methode bekämpfte man die Wasserhyazinthe erfolgreich. Sie ging um 80 % zurück.

*

Belastung mit Schwermetallen: Aus einer Untersuchung: Die im Viktoriasee-Becken arbeiten-den Bergleute verursachen starke Verschmutzung des Sees. Doch bei den meisten Fischarten liegt die Bleikonzentration unterhalb der von der WHO empfohlenen Höchstgrenze. Die im großen Stil Gold schürfenden Firmen beeinflussen die Konzentration des Seewassers mit Schwermetallen nicht, denn nur die im kleinen Stil arbeitenden Bergleute verwenden bei der Goldgewinnung Blei. (DN 4.1./21./24.2./ 15./23./27.3.06)

Probleme Dar-es-Salaams: zum Wachstum, lästige Busbegleiter und Kleinhändler

Zur Entwicklung: Bei einem von der Fakultät für Architektur der Dar-es-Salaamer Universität (UCLAS) und der Dortmunder Universität organisierten Workshop, sagte ein UCLAS-Professor, in Dar-es-Salaam sei das Wachstum unkontrolliert, Infrastruktur und Dienstleistungen seien schwach entwickelt, was Stadtplanern und Bewohnern große Sorgen bereite. Investitionen in und Entwicklung der Infrastruktur seien nicht koordiniert worden. Folglich seien die begrenzten, für Stadtverwaltung und Infrastrukturentwicklung zur Verfügung stehenden Mittel, suboptimal eingesetzt worden. Die nichtgeplanten Siedlungen breiteten sich ins Umland aus. Dar-es-Salaam gehöre zu den Städten in Afrika südlich der Sahara, die während des letzten Jahrzehnts am raschesten wuchsen. Man beobachte hier alle Probleme und Phänomene raschen Wachstums in Armut. (Guardian 22.2.06)

*

Wapiga Debe: Laut einer Verordnung der Dar-es-Salaamer Stadtverwaltung von 2000 ist es jungen Leuten, die Fahrgäste anwerben, verboten, sich an Bushaltestellen zu betätigen. Man nennt sie *Wapiga Debe*, Leute, die auf Benzinkanister schlagen. Die Fahrgäste zu bedienen sei Aufgabe der Busfahrer. Viele Dar-es-Salaamer klagten, die *Wapiga Debe* seien eine Plage, eine Gefahr für sie und ihr Eigentum.

Nach einem Treffen mit Innenminister Chiligati habe man beschlossen, 1.300 Leute des Nationalen Arbeitsdienstes, *Jeschi la kujenga Taifa* (JKT), einzustellen, berichtete der Geschäftsführer der *S-Group Security Company Ltd.* Sie stammten aus allen Teilen des Landes, hätten eine zweijährige paramilitärische Ausbildung durchlaufen und sollten jeden Tag vorerst von 4 Uhr bis 14 Uhr, später zwölf Stunden an 63 Busstationen Dienst tun. Wichtigstes Anliegen dieses Programms sei, Tansaniern mehr Arbeitsmöglichkeiten zu geben.

Die *Wapiga Debe* widersetzten sich den JKT-Leuten. An vielen Bushaltestellen kam es zu Zusammenstößen zwischen beiden Gruppen. 30 Menschen wurden z. T. schwer verletzt, unter ihnen 19 Sicherheitsleute, aber auch Unbeteiligte, ein *Mitumba*-Händler starb. Auch der Sachschaden ist groß. Aus Angst vor Plünderern schlossen Geschäftsleute ihren Laden. Die Einsatztruppe der Polizei stellte endlich wieder Ruhe her. Ein Polizeikommandant sagte, er befürworte, dass JKT-Leute die *Wapiga Debe* vertreiben und sich um den öffentlichen Verkehr kümmern. Das sei nicht Aufgabe der Polizei. - Berichten zufolge haben JKT-Leute mutwillig zerstört und Menschen zusammengeschlagen.

Auch im Vorjahr war es zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Die *Wapiga Debe* hatten gelobt, sie würden sich allen Versuchen, sie von ihrem Arbeitsplatz zu vertreiben, widersetzen.

Premierminister Lowassa stoppte die Aktion gegen die *Wapiga Debe* und erteilte der Stadtverwaltung die Erlaubnis, die Polizei an allen Dar-es-Salaamer Bushaltestellen Acht geben zu lassen. Ein Mitarbeiter der *S-Group Security Company Ltd.* sagte, man habe die Aktion eingestellt, doch der Plan, die *Wapiga Debe* zu vertreiben, bestehe weiter.

An den Bushaltestellen treiben die *Wapiga Debe* ihr Geschäft wie eh und je. Sie verteidigen sich "Wir bestehlen niemanden. Wir verdienen unser täglich Brot mit dieser Arbeit. Warum gibt man uns keine Alternative?" Sicherheits- oder JKT-Leute sieht man nicht.

36 an den Zusammenstößen beteiligte JKT-Leute mussten vor Gericht erscheinen. Sie weigerten sich, die Anklage zu akzeptieren. Vier wurden gegen Kautionsfreilassung freigelassen.

Die JKT setzte einen Ausschuss ein, der die Angeklagten verhören soll. Sie müssen mit strengen Strafen rechnen. JKT-Repräsentanten forderten, die Eltern und Erziehungsberechtigten der Jugendlichen, die beim JKT eintreten, sollten diese einen ordentlichen Beruf lernen lassen, damit sie eine Anstellung bekommen könnten. (DN 11.3.06; Guardian 9./10./11./14./ 18.3.06; Nipashe 12./14.3.06; ITV Habari 14.3.06)

*

Kleinhändler: <Vergl. Tans.-Inf. 3/98 S. 8; 5/02 S. 7; 3/04 S. 8> Die Verwaltung des Dar-es-Salaamer Stadtteils Ilala startete am 1. März die *'Operation City Clean-Up'*. Alle Kleinhändler, *Machinga* genannt; die am Straßenrand ihre Waren feilboten, wurden vertrieben. Die Verwaltung setzte für diese Aktion 170 Leute der Miliz ein, 50 Polizisten und 28 Hilfskräfte der Polizei. Die Händler wurden aufgefordert, zu kooperieren und Konfrontationen zu vermeiden. Die Öffentlichkeitsbeauftragte des Gemeinderates sagte, nicht zugelassene Kleinhändler aus den Stadtteilen Temeke und Kinondoni trieben ihr Gewerbe in nicht genehmigten Gebieten Ilalas, verunreinigten die Straßen und behinderten Fußgänger und Autofahrer. Sie sollten in ihrem eigenen Stadtteil bleiben. Mindestens drei Monate lang werde man die Plätze überwachen. "Seit 04 forderten wir

die Händler auf, die nicht genehmigten Gebiete zu räumen. Wir zögern nun nicht länger", betonte sie. Die Händler klagen, man habe ihnen keine anderen Gebiete zugewiesen.

Die Straßen- und Kleinhändler erreichten eine einstweilige richterliche Verfügung. Sie untersagt der Verwaltung von Ilala die Vertreibung aus dem zentralen Geschäftsbereich. Zum gleichen Zeitpunkt verfügte Premierminister Lowassa, die Ausweisung sei einzustellen, bis geeignete Gebiete zugewiesen seien. Er gebe den Stadtteilen Ilala, Kinondoni und Temeke drei Monate für ordnungsgemäße Umsiedlung. Sie sollten Plätze finden, an denen die Händler bleiben könnten. Auch Präsident Kikwete ärgerte sich über die Aktion. Man müsse ordnungsgemäß vorgehen, sagte er.

Einen Tag nach der Aktion stellten nicht zugelassene Händler ihre provisorischen Kioske und anderes, was wenige Tage vorher zerstört worden war, wieder auf. Lowassa aber sagte, seine Anweisung sei falsch interpretiert worden. Er wies die Stadtväter an, dafür zu sorgen, dass das, was man bereits entfernt hatte, nicht zurückgebracht werde. Ein Händler berichtete, er habe 100.000/- TSh ausgegeben, um seinen Kiosk wieder aufzubauen, und für Dinge, die verloren gingen, 500.000/- TSh. Ein anderer sagte, durch Zerstörung von Kiosk und Gemischtwaren habe er Schaden in Höhe von 450.000/- TSh erlitten.

Nach wenigen Tagen lief der Handel wieder auf vollen Touren. Viele hatten ihre Buden, Kioske u. a. wieder aufgestellt, manche sind sogar ansehnlicher als vorher.

Die Öffentlichkeitsbeauftragte von Ilala betonte, strenge Maßnahmen würden ergriffen gegen alle, die ihre zerstörten Kioske wieder aufstellten. Außerdem habe man gemerkt, dass Leute, die vorher nicht in den betroffenen Gebieten waren, die Anordnung des Premierministers ausnützten, um neue Kioske zu errichten. Der Gemeinderat begann, Kioske u. a., was wieder errichtet worden war, zu zerstören. Manche werfen den Leuten der Miliz vor, eine ganze Woche lang hätten sie von *machingas* Schmiergeld angenommen. "Sie sagten, wenn ich ihnen 30.000/- TSh gebe, zerstören sie meinen Kiosk nicht", berichtete einer. "Am nächsten Tag kamen sie wieder und sagten, ich solle verschwinden, oder ihnen 70.000/- TSh geben." Doch seinen Kiosk könne man bewegen. Er habe ihn weggebracht und versteckt.

Die *Machingas* baten Lowassa, er möge ihnen helfen, die konfiszierten Waren wieder zu bekommen. Einer klagte, von einem Kunden habe er sieben Tage bekommen, um ein Paar Schuhe im Wert von 120.000/- TSh, die während der Aktion weggenommen wurden, zurückzugeben.

Lowassa foderte die *Machingas* auf, in Absprache mit der zuständigen Behörde in neu zugewiesenen Gebieten das Geschäft wieder aufzunehmen, in ausgewiesenen, gut geplanten erschlossenen Gebieten.

Die Handelskammer freut sich, dass die *Machingas* und ihre schäbigen Kioske aus dem Geschäftszentrum entfernt wurden. Nun gebe es genug Parkplätze und Bewegungsfreiheit für Menschen und Waren. Besteuerung sei das einzige wirksame Rezept, die Rückkehr der *Machingas* zu verhindern. Auch elektronische Geräte im Wert von mehr als 15m/- TSh, z. B. Fernseher, seien ohne Handelslizenz in Containern verkauft worden. Das sei inakzeptabel, denn es schaffe ungleiche Handelsbedingungen. (DN 1./11./12./13./14./15.3./ 10.4.06; Guardian 11./14.3.06)

Ausbruch des Vulkans Ol Doinyo Lengai

Am 24.3.06 brach der Ol Doinyo Lengai aus. 1917 dauerten die Eruptionen dieses Vulkans etwa fünf Monate. Die Asche flog 30 bis 50 km weit. 1926, 1940 und 1966 verzeichnete man weitere größere Ausbrüche, danach nur kleinere. Es handelt sich bei der aus dem Ol Doinyo Lengai fließenden Lava um Nitrocarbonatite-Lava. Sie ist flüssiger und weniger heiß als andere (510 Grad Celsius).

Der Ol Doinyo Lengai liegt am Ostafrikanischen Grabenbruch (Ngorongoro-Distrikt, Arusha-Region), 160 km westlich des Kilimanjaro, 120 km nordwestlich von Arusha. Er ist der einzige noch tätige Vulkan Tansanias und gilt bei den Maasai als Berg Gottes; 'Sitz Gottes', so sein Name.

Die *Ngorongoro Conservation Area Authority* (NCAA) wies die Reiseveranstalter an, das Gebiet des Ol Doinyo Lengai zu meiden, denn man müsse mit weiteren Ausbrüchen rechnen. Trotzdem strömten Hunderte von Touristen und andere Besucher in das Gebiet nahe beim Vulkan.

Mitte April besuchten Fachleute den Berg. Sie berichteten, im Augenblick sei alles ruhig, das Leben fast wieder normal. Doch nervös seien die rings um den Berg lebenden Menschen noch immer. Nur eine Familie habe ihr Anwesen verlassen müssen, weil es zu nahe am Berg liegt. Vorher war vom Verlassen ganzer Dörfer berichtet worden. (Guardian 15./17.4.06; Nipashe 1.4.06; Arusha Times 8./15.4.06)